

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Gebr. Jährenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 32. Druck u. Versand Joh. van Nieuwen, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 2.

Nummer 12

Düsseldorf, den 22. März 1930

Verbandort Krefeld

Baumwolle im Angriff -

Eine Gemeinschaftsaktion der deutschen Baumwollindustrie

In der richtigen Erkenntnis, daß von staatspolitischen Maßnahmen eine Behebung der Krise in der deutschen Baumwollindustrie nicht erwartet werden kann, haben sich die Spitzenverbände der deutschen Baumwollspinnereien und -webereien entschlossen, nach dem Vorbild anderer Industrien und anderer Länder eine groß angelegte Gemeinschaftsaktion zur Wiederbelebung des Geschäftes und Abfahes der deutschen Baumwollindustrie zu unternehmen. Im Vordergrund dieser Aktion steht die Absicht, durch eine allgemeine, einheitlich betriebene Propaganda für den Verbrauch und die Verwendung von Baumwollprodukten zu werben, neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen und dieselben auszubauen.

Zweifellos kann eine solche Aktion von bedeutendem Vorteil für die deutsche Baumwollindustrie sein, wenn sie einerseits unter Beachtung unbedingt einheitlichkeit und unter Berücksichtigung der gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen erfolgt und andererseits in der Erkenntnis durchgeführt wird, daß sie kein Allheilmittel zur Behebung der gegenwärtigen Krise in der Baumwollindustrie ist.

Es ist selbstverständlich, daß eine Aktion, wie die geplante, nur dann ihren Zweck erfüllen kann, wenn sie in den Bedingungen Rechnung trägt bzw. sie in den geplanten Maßnahmen berücksichtigt.

Das von der deutschen Baumwollindustrie geplante Vorgehen ist keineswegs neu. Nicht nur von anderen Industriezweigen, sondern auch von der Baumwollindustrie anderer Länder sind bereits mit Erfolg ähnliche Aktionen durchgeführt worden. So haben die Vereinigten Staaten von Amerika zur Behebung des Absatzes ihrer jungen, außerordentlich intensiv sich vergrößernden Baumwollindustrie bereits eine lohnende Baumwollpropaganda-Aktion durchgeführt. Unter dem Motto: „Renaissance der Baumwolle“, beeinflusst diese Propaganda in großartiger Weise den Absatz und Konsum. Sie hat bereits im Interesse der amerikanischen Baumwollindustrie eine erhebliche Verbrauchssteigerung an Baumwollergzeugnissen erreicht.

Deutsche Baumwoll-Propaganda

Den eigentlichen Anstoß zur Durchführung einer gleichartigen Aktion durch die deutsche Baumwollindustrie gab die im September vorigen Jahres in Barcelona stattgefundene Konferenz des Internationalen Baumwollverbandes, die sich vornehmlich mit der Frage der Verbrauchssteigerung von Baumwollwaren befaßte und ein allgemeines, grundsätzliches Programm zur Ausführung einer einheitlichen Baumwollpropaganda aufstellte, dem die Anregungen führender deutscher Baumwollverbände zugrunde lagen.

Wenn auch diese Propaganda, wie die internationalen Verhandlungen in Barcelona bestätigten, eine im wesentlichen gemeinsame Angelegenheit aller interessierten Länder — also keineswegs nur eine Einzelangelegenheit Deutschlands — sind, so müssen doch die in den Einzelstaaten verchieden gelagerten Verhältnisse besonders gewürdigt und berücksichtigt werden und bedürfen mithin einer besonderen individuellen Behandlung.

Notwendig ist für eine erfolgversprechende Durchführung einer solchen Propaganda zunächst die gründliche Erforschung der gegebenen Marktverhältnisse, Feststellung der Absatzmöglichkeiten, Absatzhemmnisse und eventuelle Absatzgrenzen. Weiter muß ein gründliches Studium der voraussetzlichen Wandlungen und Strömungen der Nachfrage erfolgen, und richtunggebend sein. Dabei sind nicht allein die Einflüsse der Mode zu beachten und zu berücksichtigen. Von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung der Baumwollindustrie ist daneben ohne Zweifel auch die Nachfrage nach Baumwollergzeugnissen für technische und industrielle Bedarfszwecke.

Neue Verwendungsmöglichkeiten

die die industrielle Entwicklung der letzten Jahre gebracht hat, eröffnen hier beachtliche Perspektiven für die Vergrößerung des Baumwollverbrauches auch außerhalb des Bekleidungsbedarfes. Es sei hierbei nur an die Verwendung von Baumwolle in der Autoindustrie (Reifen, Verdecke, Limousinenbedecken usw.), im Straßenbau, im Installationsgewerbe und für sonstige technische Zwecke sowie für Verpackungszwecke erinnert. Hier liegt für die Baumwollindustrie bei Ueberwindung mancher Hindernisse unfraglich noch ein beachtenswertes Absatzgebiet unerschlossen.

Eine systematisch und auf lange Sicht betriebene Baumwollpropaganda kann hier sicherlich neue Wege zur Förderung des Baumwollabfahes öffnen. Darüber hinaus aber kann eine solche Propaganda, großzügig und planmäßig betrieben, auch den Einfluß anderer Textilprodukte (Kunstseide) ausgleichend nicht nur bestehende

Bedürfnisse fördern, sondern noch ungeweckte Bedürfnisse erwecken und neuen Konsum schaffen helfen.

Natürlich ist dabei

eine großangelegte, gemeinsam betriebene Aktion

auf weite Sicht Voraussetzung. Eine Aktion, die allerdings auch erheblicher finanzieller Mittel bedarf, um großzügig vorgehen zu können. Mit Recht wird diesen finanziellen Erfordernissen gegenüber aber von den Vertretern der deutschen Baumwollpropaganda darauf hingewiesen, daß solche Aufwendungen rentabler und besser angelegt sind, als nutzlose Propaganda-Ausgaben einzelner Werke und Unternehmungen, die mit unzureichenden Mitteln und zusammenhanglos willkürlich durchgeführt zwecklos sind. Darum muß eine Zusammenfassung aller interessierten Gruppen — von der Spinnerei bis zur Veredelungsindustrie — der geplanten Aktion die notwendige Durchschlagskraft und finanzielle Sicherung gewährleisten. Erst dann ist es möglich, die modernen Stu-

dien- und Werbemittel in den Dienst dieser Propaganda zu stellen. Es ist weiter klar, daß diese Propaganda-Aktion sich nicht nur auf die Untersuchung, Klärung und Beeinflussung der Markt- und Absatzverhältnisse und ihre Auswertung durch die moderne Werbeaktivität in Form von Presse-, Vortrags-, Bild- und Filmpropaganda richten darf. Hinzu muß vielmehr treten die Untersuchung der technischen und organisatorischen Betriebs- und Produktionsbedingungen, die oft genug trotz sogenannter „Rationalisierung“ noch recht im Argen liegen. Auch hier muß bei der Industrie selbst eine entsprechende Aktion einsehen, um Veränderung zu schaffen. Denn erst im Zusammenwirken von zweckmäßiger Produktions- und Absatzorganisation kann das Ziel der Baumwollpropaganda erreicht werden. Dem neugefundenen oder neu besetzten und neu angeregten Absatz muß eine erstklassige, wirklich rationell arbeitende und hochwertige Produktion gegenüberstehen, die in der Lage ist, den ansie herantretenden veränderten Anforderungen des Bedarfs zu entsprechen.

Wobei zu beachten bleibt, daß auch diese Propaganda, wie bereits gesagt, nur ein Mittel ist, das gemeinsam mit anderen zusammenwirken muß, um die deutsche Baumwollindustrie wieder zu besseren Produktions- und Absatzbedingungen zu führen.

... und in der Verteidigung

Zwammenschlussbewegung in der englischen Baumwollindustrie

Von den Auswirkungen der internationalen Krise in der Textilindustrie wird die englische Baumwollindustrie in besonderem Maße betroffen. Nichts ist ihre Produktion doch vor allen Dingen auf die Herstellung jener Stapelwaren, die heute von der überseeischen, neu japanischen, chinesischen und südamerikanischen Konkurrenz-Industrie hergestellt wurden und infolge niedriger Löhne und günstiger Produktionsbedingungen im Preise erheblich niedriger auf dem Weltmarkt liegen, als die europäischen Waren. Daß dadurch eine Industrie, deren Export in der Vorkriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren zu etwa 60 Prozent auf diese Waren eingestellt war, schwer leiden mußte, ist einleuchtend. Hinzu kommt freilich noch, daß die englische Baumwollindustrie durch eigenes Verschulden es veräumte, rechtzeitig durch entsprechende Maßnahmen diesen Einflüssen der überseeischen, neu entstandenen Industrien zu begegnen. Das wäre möglich gewesen, wenn die englischen Baumwollfabrikanten die Riesengewinne der Nachkriegsjahre — da ein gewaltiger Warenhunger in allen Ländern den englischen Baumwollprodukten einen glänzenden Absatz und höchste Preise brachten — benutzt hätten zu einer Reorganisation der Industrie und Umstellung auf Spezialergzeugnisse, in denen die überseeische Industrie keine Konkurrenz bieten konnte.

Statt dessen aber wurde von der Industrie eine unfinnige Kapitalverwendungspolitik betrieben und den Aktionären nicht allein Dividenden von ungekannter Höhe, sondern auch Vorzugsaktien, Gratisaktien und Sonderbezugscheine ausgeben und eine gewaltige Kapitalaufblähung und Kapitalvermehrung erreicht. Die drohende Krise mußte dadurch außerordentlich verschärft werden, und es ist nicht verwunderlich, wenn die englische Textilindustrie heute vollkommen darniederliegt und immer wieder in kurzfristiger Weise nach der Staatshilfe und nach der Sanierung ihrer zerrütteten Finanzverhältnisse durch den Staat verlangt.

Der Ruf nach Staatshilfe

Zunächst versuchten so auch die englischen Baumwollindustriellen Propaganda für Schutzzölle zu machen und auf diese für England verkehrteste Weise Staatshilfe zu erlangen. Aber in eigenen Lager waren die Interessenten schließlich zu klug, um nicht die Kurzsichtigkeit und Gefährlichkeit eines solchen Unternehmens einzusehen, und die Bewegung erstickte im Keime, noch ehe die Öffentlichkeit dazu Stellung nahm.

Darauf wandten die Unternehmer sich dem lohnpolitischen Experiment zu. Trotzdem es ihnen aber gelang, mit Hilfe der Regierung der Arbeiterschaft einen 6½-prozentigen Lohnabbau aufzuzwingen, stellte sich der erhoffte Erfolg einer Konjunkturbesserung nicht ein. Das Ergebnis des mehrwöchigen Lohnkampfes in der englischen Baumwollindustrie im vergangenen Jahre war lediglich ein erheblicher Produktionsausfall und Geschäftsverlust auf Arbeitgeberseite und ein beträchtlicher Lohn- und Kaufkraftverlust auf Arbeitnehmerseite. Eine starke Beruhigung der Arbeiterschaft war die Folge dieses Lohnabbaues, und immer wieder wird aus den Baumwoll-districten von Liverpool und Manchester von Versuchen der Arbeitgeber berichtet, durch eine neue Lohnbewegung die erzwungene Lohnreduzierung wieder rückgängig zu machen; die Industrie gewann dabei nichts. So sahen die

Unternehmer sich bald gezwungen, den Umfang der Produktion weiter erheblich einzuschränken. Das Ausmaß der Krise wird an dem Umfang dieser Produktionsseinschränkungen besonders deutlich klar: Von den 55½ Millionen Baumwollspindeln in der englischen Textilindustrie stehen über 5½ Millionen seit Jahren bereits völlig still; die verbleibenden 50 Millionen Spindeln arbeiten nur mit einer Kapazitätsausnutzung von 60—70 Prozent. Die Mehrzahl der Betriebe im Lancashire- und Manchester-district läuft 4 bzw. 3 Tage.

Reorganisation der Industrie

Die aus der Ueberkapitalisierung der Industrie sich ergebende außerordentlich hohe Kredit- und Zinsbelastung freilich konnte dadurch nicht behoben werden. Auch die von der Industrie immer wieder geforderte Diskontsenkung von 6½ auf 6 Prozent, die seitens der englischen Regierung schließlich Ende vorigen Jahres vorgenommen wurde, schaffte keine Besserung der verzweifeltsten Lage für die verschuldeten Betriebe. Bis endlich die Gläubiger, nämlich die englischen Großbanken und Bankkonzerne, unter der Führung der Bank of England, die Reorganisation der Industrie in die Hände nahmen. Gestützt auf ihren starken Kapitaleinfluß, erzwangen sie bald den Zusammenschluß der bedeutendsten von ihnen abhängigen Textilunternehmen zum Zwecke der Rationalisierung und Reorganisation. Daß dabei auch nach der finanziellen Seite hin oft scharf vorgegangen wurde, darf nicht wunder nehmen. Die englischen Banken erwiesen sich als sehr konsequente Gläubiger. Erhebliche Kapitalzusammenlegungen, Einziehung von Sonderaktien und Vorrechtsbeschlüssen und beträchtliche Kapitalnachzahlungen der Aktionäre wurden in den führenden Unternehmungen unter dem Einfluß der Banken beschlossen.

Die führenden Konzerne

Besonders die Lancashire Cotton Corporation Ltd. — die führende Gesellschaft, die unter der Mithilfe der Banken diesen Zusammenschluß der unrentablen Baumwollbetriebe durchführt, hat dabei wiederholt außerordentlich harte diktatorische Maßnahmen ergriffen, um sich sträubende Unternehmen zum Anschluß und zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit zu zwingen. Die bedeutendsten dieser Vereinigung angeschlossenen Unternehmen sind: die Duke Mill zu Shaw in Manchester mit 78 000 Spindeln und einem Aktienkapital von einer Viertelmillion Pfd. Sterling, und die Arkwright Mill, Rochdale, mit 86 000 Spindeln und 320 000 Pfd. Sterling Aktienkapital. Neben der Lancashire Cotton Corporation Ltd. stehen als gleichartige Unternehmen die Combined Egyptian Mills Ltd., in der heute bereits 15 Feinspinnereien vereinigt sind, und die Consolidated Cooperative Textile Mills mit 5 Spinnereien.

Die Fusionierung dieser Unternehmen wird gestützt durch ein von den Baumwollspinnern der Regierung unterbreitetes Programm, in dem vor allen Dingen noch bedeutende Staatskredite zur Steigerung der Aktion bedeutsam sind. Die englische Regierung hat bisher zu diesen Forderungen noch nicht Stellung genommen. Sie veranlaßte vielmehr eine umfangreiche amtliche Enquete über die Lage der Industrie, die Ursachen und das Ausmaß der Krise. Von dem Ergebnis dieser Untersuchung wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Stellungnahme der Regierung zu den Wünschen der Industrie abhängen.

Sozialversicherung in Gefahr!

Die Sanierung der Reichsfinanzen

Der Kampf um die Sanierung der Reichsfinanzen geht schon monatelang hin und her. Endlich scheint man im Reichskabinett eine Grundlage gefunden zu haben, die es möglich machen soll, in dieser heiklen Frage zum Ziele zu kommen. Nach der Länge der Zeit, bis es zu dieser Verständigung kam, zu urteilen, sollte man annehmen, daß eine Lösung gefunden sei, die alle Beteiligten wenigstens in etwa befriedigte. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt.

Die Arbeiterschaft hat die Verhandlungen in den letzten Wochen mit immer stärker werdender Spannung verfolgt. Handelte es sich doch bei diesen Verhandlungen auch darum, das Defizit bei der Arbeitslosenversicherung irgendwie aus der Welt zu schaffen. In den letzten Wochen hatte ganz besonders der Gedanke eines Notopfers zur öffentlichen Debatte gefunden. Zweifellos hatte dieser Vorschlag, der eine Beteiligung aller Volksgenossen an der Sanierung der Arbeitslosenversicherung vorsah, in den weitesten Schichten des deutschen Volkes Anklang gefunden. Man ging bei diesem Vorschlag von der richtigen Erkenntnis aus, daß die außerordentliche Notlage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Hauptsache auf den verlorenen Krieg zurückzuführen sei. Deshalb müsse die Allgemeinheit auch zu den Kosten mit herangezogen werden.

Aber trotz der ziemlich einheitlichen Auffassung in dieser wichtigen Frage hat das Reichskabinett den Gedanken der Heranziehung aller Volkskreise zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung fallen lassen. Statt dessen hat man es den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern größtenteils selbst überlassen, für die Sanierung der Versicherung zu sorgen. Man schlägt vor, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung eventuell bis auf 4 Prozent zu erhöhen. Bei den Beratungen über die gleiche Frage im vergangenen Jahre wurde von den Vertretern der Arbeitgeber eine Erhöhung des Beitrages von 3 auf 3 1/2 Prozent mit der Begründung abgelehnt, das sei für die Wirtschaft nicht tragbar. Jetzt ist sogar von derselben Wirtschaft eine Steigerung auf 4 Prozent zu ertragen. Obwohl wir stets der Auffassung waren, daß die Wirtschaft eine Beitragssteigerung tragen könnte, haben wir diesem Gedanken doch nicht das Wort geredet. Wenn auch die Industrie einer solchen Beitragssteigerung gemächseln ist, dann ist sie für die Arbeiterschaft doch nicht tragbar.

Die Belastung der Arbeiter mit Sozialversicherungsbeiträgen hat ein Maß erreicht, das nicht mehr gesteigert werden darf, wenn nicht gleichzeitig eine Erhöhung der Löhne eintritt.

Ohne eine Lohnerhöhung bewirkt eine Beitragssteigerung nur einen weiteren Druck auf die jetzt schon vielfach völlig ungenügende Lebenshaltung weiter Arbeiterschichten. Wie man deshalb den Gedanken der Beteiligung aller Volkskreise an der Ueberwindung der Arbeitslosennot fallen lassen konnte, ist uns unverständlich.

Die im Kabinett erzielte Einigung sieht auch eine Heranziehung der Invaliden- und Angestelltenversicherung mit 150 Millionen Mark zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung vor. Für diesen Betrag sollen die beiden Versicherungsträger Reichsbahnvorsorgesaktien erhalten. Zu diesem Plan haben scheinbar beide Versicherungen ihre Zustimmung gegeben. Das kann uns jedoch nicht hindern, gegen diese Pläne ganz entschieden zu protestieren. Die Angestellten- und Invalidenversicherung haben mit der Arbeitslosenversicherung an sich nichts zu tun. Sie zur Finanzierung einer Versicherung heranzuziehen, die durch die Auswirkungen der Reparationslasten in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, kann niemals der Sinn dieser Versicherungen sein. Außerdem haben sowohl die Angestellten- wie auch die Invalidenversicherung mit der Zeit soviel Aufgaben im Interesse des Volksganzen übernommen, daß sie ohne Gefährdung dieser Aufgaben gar

nicht in der Lage sind, derartige Summen abzugeben. So haben denn auch beim Auftauchen dieser Pläne beide Versicherungsträger gegen ihre finanzielle Heranziehung protestiert. Aber dann scheint der „Druck von oben“ doch stark genug gewesen zu sein, um die Zustimmung zu diesen Plänen zu erreichen. Schon im Vorjahre hat die Invalidenversicherung dem Reich eine Anleihe in Höhe von 164 Millionen Mark gewährt, indem sie statt Bargeld Reichsschuldverschreibungen übernahm.

Wir sehen in diesen Bestrebungen eine große Gefahr für die gesamte Sozialversicherung.

Die Versicherungsträger werden so finanziell aneinandergekettet und sind dann dauernd belastet mit der Arbeitslosenversicherung, die aus eigenen Mitteln — nach Lage der Verhältnisse — nicht lebensfähig ist. Hier heißt es für die Arbeiterschaft wachsam sein, sonst könnte sie eines Tages eine schmerzliche Enttäuschung erleben. Deshalb fordern wir erneut für die Arbeitslosenversicherung die Zuschußpflicht des Reiches, und zwar so lange, als die Reparationslasten sich so verhängnisvoll auf dem Arbeitsmarkte auswirken. Wenn man es ablehnt, die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung zur Volksfrage zu machen, dann bleibt keine andere Möglichkeit.

Dann ist man im Reichskabinett bei dem Suchen nach neuen Einnahmequellen auf den Gedanken gekommen, die Rückerstattung von Einkommensteuer aufzuheben. Diese Rückerstattungen kommen hauptsächlich arbeitslos gewordenen Arbeitern zugute. 60 Millionen Mark sollen durch diese Maßnahme der Arbeitslosenversicherung jährlich zugeführt werden. Daß man ausgerechnet den Arbeitslosen dieses Opfer zumutet, ist sicherlich ein starkes Stück. Um die Sache aber in etwa schmachtig zu machen, soll das Existenzminimum von 1200,— RM. auf 1440,— RM. erhöht werden. Außerdem kündigt man eine Einkommensteuerförmung für 1931 an. Davon haben aber nur die mittleren und hohen Einkommen einen Vorteil. Somit ist auch dieser Vorschlag wieder eine einseitige Belastung der Arbeiterschaft. Die Erhöhung des Existenzminimums auf 1440,— RM. ist beim Wegfall der Rückerstattung völlig ungenügend und wiegt letztere längst nicht auf. Dann hat man sich weiter noch über die Erhöhung einer Reihe von Verbrauchssteuern und Zöllen geeinigt.

Läßt man so das erzielte Finanzkompromiß auf sich wirken, dann fällt es in der Tat schwer, zu glauben, daß dies das letzte Wort in der Frage der Finanzreform sein kann. Dem Arbeiter bringt es sowohl direkte wie indirekte Belastung. Direkte Belastung in Form von höheren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und Verzicht auf die Lohnsteuerrückerstattung, indirekte Belastung durch Erhöhung der Preise, die durch Steuern und Zollerhöhungen folgen werden. Dazu noch berechtigte Sorge darüber, ob die Invalidenversicherung auch in der Lage sein wird, beim Eintritt der Invalidität die kargen Renten zu zahlen.

Wenn das Ergebnis der monatelangen Verhandlungen darin bestehen soll, den arbeitenden Schichten die ganzen Lasten aufzubürden und den Besitz zu schonen, dann soll man sich nicht wundern über die Wirkungen, die dies auslösen muß.

Das Schlagwort von der notwendigen Kapitalbildung zieht dann nicht mehr. Eine Kapitalbildung, die nur auf Kosten der Arbeiterschaft zustande kommen soll, daran hat letztere wirklich kein Interesse.

Zur gleichen Zeit, wo man dem Arbeiter so versucht, untragbare Lasten aufzubürden, hört man aus dem Arbeitgeberlager den Ruf „keine Lohnerhöhung“, ja sogar „Lohnabbau“. Man hält die Arbeiterschaft scheinbar für so müde, daß sie auf derartige Zumutungen nicht mehr reagiert. Für die Arbeiterschaft ergeben sich aus dieser gefährlichen Lage notwendige Schlussfolgerungen. Sie muß durch diese Maßnahmen angeporrt werden, alles aufzubieten, um auch

den letzten Arbeiter von der Notwendigkeit starker Organisationen zu überzeugen. Gegenüber diesen schamhaften Bestrebungen hilft kein Schimpfen und Lamentieren. Nur eine geschlossene Arbeiterschaft, die weiß, was sie will, wird in der Lage sein, diese Pläne zu nichte zu machen. Deshalb Aufklärungs- und Werbearbeit!

Vom Reichstage, der ja zuguterletzt auch noch mitzubestimmen hat, erwarten wir, daß er sich ein solches Programm nicht zu eigen macht. Selbst auf die Gefahr hin, daß an seinem Widerspruch die Koalition zerfallen sollte. Die Mehrheit des deutschen Volkes ist gewillt, die Last eines verlorenen Krieges gemeinsam zu tragen. Das mögen alle Parteien bedenken, wenn sie vor die Entscheidung gestellt werden.

Wie sie sich die Finanzreform denken

Die letzte Kommunal-Ausschuß-Sitzung der Haus- und Besizervereine für den Regierungsbezirk Düsseldorf beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der Finanzreform. Man protestierte dagegen, daß neuerdings anstatt einer Steuerförmung eine Erhöhung geplant sei. Gefordert wurde der Abbau der Gewerbe- und Grundsteuer. Ebenso der Abbau der Rentenbank- und Industriebelastung und die Abschaffung der Hauszinssteuer. In Verbindung mit der Forderung nach einer Senkung der Realsteuern trat man für das kommunale Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer ein.

Wenn mit diesen Forderungen des Haus- und Grundbesitzes eine Sanierung der Reichsfinanzen möglich wäre, dann müßte die Sache höchst einfach sein. Aber diese Forderungen laufen darauf hinaus, das Dilemma der Reichsfinanzen nur noch größer zu machen. Nur Abbau der Steuern, die den Besitz treffen, wird verlangt. Wie für diesen Ausfall an Steuereinkommen ein Ersatz geschaffen werden soll, darüber braucht man sich auf einer derartigen Tagung keine Sorgen zu machen. Lediglich für den Steuerausfall der Gemeinden, der bei Verwirklichung der Forderungen des Haus- und Grundbesitzes eintreten würde, schlägt man eine Ersatzsteuer vor. Das kommunale Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer wird für die Gemeinden gefordert. Also auch hier wieder eine Abwälzung der Lasten auf die Schulter der Lohn- und Gehaltsempfänger!

Wer dieses Zuschlagsrecht der Gemeinden von früher her kennt, der weiß, daß dies eine höchst ungerechte Steuer ist. Die Gemeinden mit großer Verschuldung müßten hohe Zuschläge erheben und die weniger verschuldeten geringere. Das erstere würde die Gemeinden freffen, die überwiegend Arbeiterbevölkerung aufweisen, denn diese Gemeinden haben durch die großen Wohlfahrtssetzungen besonders hohe Ausgaben. Außerdem haben sie in der Regel nur ein geringes Steuereinkommen. So müßte sich das kommunale Zuschlagsrecht der Gemeinden als einseitige Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger auswirken.

Berücksichtigt man ferner noch, daß gerade die Lohn- und Gehaltsempfänger jetzt schon mit ihren Einkünften reiflos zur Lohnsteuer herangezogen werden, so ist es nicht einzusehen, warum sie nun auch noch eine neue Steuer tragen sollen, die sie einseitig belastet. Man möge erst mal alle zur Einkommensteuer heranziehen, die genau so gut Einkommen haben wie die Arbeiter. Wir denken hier an weite Kreise der Landwirtschaft und der Gewerbetreibenden. Aber diese Leute halten uns entgegen, daß ihre Betriebe keine Gewinne abwerfen und sie deshalb nicht in der Lage seien, Einkommensteuer zu zahlen. Wie es mit den Gewinnen in diesen Betrieben steht, wollen wir hier nicht untersuchen. Fest steht jedenfalls, daß sie alle mit ihren Familien von ihrer Wirtschaft leben. Manche sicher besser wie der Arbeiter. Der Lohn des Arbeiters ist in der Regel so bescheiden, daß er sich mit seiner Familie lediglich ernähren kann. Von Ueberschüssen oder Gewinnen erst gar nicht zu reden. Trotzdem wird von dem Arbeiter die Lohnsteuer erhoben, während man die vorhin genannten Kreise verschont.

Würde aber erst die Forderung des Haus- und Grundbesitzes auf Einführung des kommunalen Zuschlagsrechtes

Die Textilarbeiterin in Amerika

Amerika ist eines der reichsten Baumwoll-Länder. Nicht nur Baumwolle erzeugendes Land ist Amerika, sondern auch weitgehend Baumwolle verarbeitendes Land. Da die Baumwollindustrie an der Spitze der Textilindustrie steht, ist die Stellung der Arbeiterin in diesem Industriezweig die interessanteste und typischste. Die Baumwollherzeugung erstreckt sich in der Hauptsache auf die Staaten: Tennessee, South- und North-Carolina, Florida und Virginia, im südlichsten Gebiet der Vereinigten Staaten. Diese Staaten kommen auch vorwiegend für die Weiterverarbeitung der Baumwolle in Frage. Die Baumwolle ist durch Englander von Westindien nach den Vereinigten Staaten etwa im 17. Jahrhundert verpflanzt worden. Die Engländer führten auch später Maschinen für die Weiterverarbeitung der Baumwolle ein, obwohl es verboten war. Hervorragende Amerikaner, u. a. Jefferson, sprachen sich gegen die Einführung von Maschinen aus. Es sollte lediglich im Haus und für den Hausgebrauch Baumwolle verarbeitet werden. Der Baumwollreichtum Amerikas wurde aber so groß, daß die im Lande nach größtmöglicher Ausfuhr verbleibende Baumwolle nicht mehr allein im Hausgebrauch verarbeitet werden konnte. Hinzu kam, daß England immer feineres Gewebe auf Grund seiner Maschinen herstellen konnte. So konnte es nicht ausbleiben, daß es England gelang, seine Textilmaschinen einzuführen. Selbst englische Textilmaschinenbauer, wie Arkwright, arbeiteten daran, in Amerika Textilmaschinen einzuführen. Wenn nun die Textilindustrie in den oben genannten Staaten nicht zu den hochentwickeltesten und technisch fortgeschrittensten gehört, so hat das seine Ursachen. Der Textilunternehmer in diesen Staaten ist in den meisten Fällen auch Baumwollplantagenbesitzer und verfügt über zahlreiche Negersarbeitskräfte.

Washington, der erste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, war ein solcher Plantagenbesitzer aus Virginia. Das große Heer der Negers ist willkommenere billige Arbeitskraft für den Unternehmer und Lohnrückmittel für den dortigen weißen Arbeiter. So kommt es auch, daß die Löhne in der Textilindustrie im Jahre 1899 von allen Industrien in Amerika an letzter Stelle stehen. 1914 übersteigen die Löhne der Textilarbeiter die der Tabakarbeiter. 1921 übersteigen sie auch die der Holzarbeiter, um dann 1927 wieder an die zweitletzte Stelle zu rücken. Die billige Arbeitskraft des Regers läßt den Unternehmer in diesen Staaten oft mit veralteten Maschinen arbeiten, die billige Arbeitskraft ermöglicht trotzdem noch ein Konkurrenzieren.

Die Frau stellt, wie überall in der Textilindustrie, auch in Amerika einen großen Prozentfuß. In der Baumwollindustrie Amerikas beträgt er 42 Prozent, fast die Hälfte aller Beschäftigten. Der Verdienst der Frauen im Verhältnis zu den Männerverdiensten ist ähnlich wie bei uns in Deutschland. In der Baumwollindustrie beträgt der Frauenverdienst 88 Prozent des Männerverdienstes oder im Stundenlohn 0,30 Cent, das sind an Kaufkraft nach deutschem Gelde gemessen 0,60 M. Bei 52 1/2 Arbeitsstunden pro Woche. Interessant ist hier, daß die Männer fast durchweg eine Stunde länger arbeiten als die Frauen.

Arbeitschutz genießt die Arbeiterin so gut wie keinen. Insbesondere eine Sozialversicherung kennt man in Amerika nicht. Einzelne Staaten haben in Amerika für Frauen Minimumlohngesetze erlassen. Die Baumwollstaaten fallen aber nicht unter diese Gesetze. Die Ueberwachung dieser Gesetze ist äußerst schwierig, und wo der Unternehmer angibt, die Minimumlöhne nicht zahlen zu können, wird ihm gestattet, weniger als den Minimumlohn zu zahlen. Die einzelnen Staaten haben von einander abweichende Bestimmungen getroffen. Der Mindestlohn für gelernte Frauen geht aber in keinem Staat über 16 Dollar pro Woche hinaus. Für ungelernete Frauen beträgt er 9 Dollar pro Woche.

Einzelne Staaten haben auch Maximumarbeitsstundengesetze erlassen. Aber auch hier ist der Süden sehr hiesmütlich bedacht. In den Baumwollstaaten ist zum größten Teil noch die Nachtarbeit für Frauen gestattet. Sonntagsarbeit ist keine Seltenheit.

Ein trauriges Kapitel ist noch immer die Kinderarbeit in diesen Südstaaten. Vom 10. Lebensjahre an können sie beschäftigt werden. Ueberhaupt herrscht in den Südstaaten ein patriarchalisches Arbeitsverhältnis, und die Zustände in Betrieben sind etwa so, wie in Deutschland vor 1850. Der Unternehmer legt Wert darauf, daß die ganze Familie in seinem Betrieb arbeitet und unter seiner Aufsicht sich befindet.

Für die Gewerkschaften ist es außerordentlich schwierig, hier Bestrengung zu schaffen. Die Regier sehen überall hindernnd im Wege. Sie haben den Kultur- oder sogar den Zivilisationsstand der Weifen noch lange nicht erreicht. Infolgedessen kann die Textilindustrie der Südstaaten in keiner Weise als Vergleich für die deutsche Textilindustrie dienen. Die Verhältnisse in der Woll-, Seiden- und Kunstseidenindustrie in den Neu-Englandstaaten und Pennsylvania sind wesentlich bessere. Anna Fischerz.

Bücher und Schriften!

Sind die „freien“ Gewerkschaften politisch und religiös neutral? Umfang 80 Seiten. Preis bei Mehrbezug 60 Pfg. und Porto, einzeln 75 Pfg. einschl. Porto. Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf.

Diese Frage einwandfrei und an Hand von Beweisen beantwortet zu können, spielt in unserer Agitation eine sehr wichtige Rolle. Mancher Genosse wäre heute unser Kollege, wenn man ihm das wahre Gesicht der „freien“ rechtzeitig gezeigt hätte.

Bei Auseinandersetzungen wird oftmals von freigeberkschaftlicher Seite behauptet, daß es sich bei Neutralitätsverletzungen nur um gelegentliche Verstöße nicht maßgebender Stellen handele.

Um dem wirksam entgegenzutreten zu können, hat unser Gewerkschafts-Verlag eine Broschüre mit dem obigen Titel erscheinen lassen, in der an Beispielen aus den letzten Jahren und aus allen Verbänden gezeigt wird, daß es sich nicht nur um gelegentliche Entgleisungen handelt, sondern daß die freien Gewerkschaften bewußt sozialdemokratisch und antireligiös sind.

Das Material, wozu alle Verbände beigezeichnet haben, ist nach Quellen geordnet, wodurch die Verwendung in der Agitation wesentlich erleichtert wird.

Das Internationale Arbeitsamt, Darstellung und Betrachtung vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften, von Hermann Senfeler, Genf. „Bücher der Arbeit“, Band 17. 84 Seiten stark, kartoniert. Preis 1,50 RM. Echo-Verlag, Duisburg.

Die Schrift von Senfeler ist der Handweiser für breiteste Volksschichten zur Kenntnisförderung über das I.A.A. Ueber das I.A.A. seine Aufgaben, seine Leistungen, seine Ziele muß heute jeder unterrichtet sein, der im Wirtschaftskampfe steht. Wertvoll vor allem ist in der Schrift das Einführungskapitel über den Ursprung der internationalen Sozialpolitik und ihre Geschichte. Daran schließen sich die Kapitel über die internationale Arbeitsorganisation, ihre Arbeitsmethoden, ihr Wollen und ihre Erfolgsmöglichkeiten, sodann die Stellung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zur internationalen Arbeitsorganisation. Senfeler's Schrift sollte in der Hand nicht nur eines jeden denkenden Arbeitnehmers, sondern auch in der Hand eines jeden sozialpolitisch Interessierten zu finden sein. Vor allem eignet sie sich für Arbeiterbildungsstellen und für den Gebrauch in Unterrichts-kursen.

zur Einkommensteuer verwirklicht, dann würde das Unrecht nur noch größer. Dann würden wieder all die Kreise, die bisher keine Einkommensteuer zahlten, nicht betroffen, während die Arbeiterschaft, genau wie in der Vorkriegszeit, restlos herangezogen würde. Wir haben deshalb alle Ursache, uns die Vorschläge zur Finanzreform genau anzusehen. Jede weitere Belastung der Arbeiterschaft ist eine Schwächung ihrer Existenzbasis. Besonders kritisch haben wir Vorschläge in dieser Frage zu bewerten, wenn sie von Kreisen kommen, die für sich bei jeder Gelegenheit Entlastung fordern. Die Verteilung der Lasten des verlorenen Krieges darf nicht einseitig zu Ungunsten der Arbeiterschaft erfolgen. Dagegen müssen wir uns entschieden zur Wehr setzen. Die Arbeiterschaft hat durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schon jahrelang Kriegslasten über Gebühr getragen. Mögen andere erst mal in derselben Weise herangezogen werden! R. W.

Zur Betriebsratswahl

Die Neuwahlen zur Betriebsvertretung finden in den nächsten Tagen statt. Die Vorarbeiten dazu sind im Gange. In den einzelnen Ortsgruppen haben diesen Winter Unterrichtskurse stattgefunden, um den Kandidaten das nötige Rüstzeug für ihren verantwortungsvollen Posten mitzugeben.

In diesem Jahre werden die Vorarbeiten zu den Wahlen wohl etwas schwieriger sein, als in den Vorjahren. Viele bewährte Kolleginnen und Kollegen sind aus dem Betrieb heraus infolge unserer augenblicklichen Wirtschaftskrise. Hier und dort herrscht Verärgerung, bei den Betriebsratsmitgliedern sowohl, als auch bei der Belegschaft. Es war beim besten Willen nicht möglich, zu verhindern, daß ein Teil der Arbeiterschaft stempeln gehen mußte. Wenn die Betriebsratsmitglieder auch allerorten ihr Bestes getan haben, möglichst gerecht zu verfahren, so hat es doch hier und dort dabei Grollende und Schmollende gegeben.

Das Betriebsrätegesetz besteht nunmehr 10 Jahre. Seine Auswirkung und die Erfolge des Gesetzes wären bedeutend größer, wenn die Arbeiterschaft immer hinter dem Betriebsrat gestanden hätte. Vielfach wird dem Betriebsrat aber direkt entgegen gearbeitet. Es gibt noch immer Elemente, die es mit dem Arbeitgeber halten, über den Betriebsrat hinweggehen und dadurch die Arbeit desselben unwirksam machen. Gewiß gibt es Arbeiter und Arbeiterinnen, die redigewandt und wohl fähig sind, ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse zu vertreten. Aber vergessen wir nicht die Schwachen! Für sie muß der Betriebsrat eintreten. Die Unzufriedenen sind nicht allein unter den Unorganisierten. Auch unter den Gewerkschaftlern gibt es Rörgler —, die man freilich nie in den Versammlungen sieht. Würden dieselben an unseren gewerkschaftlichen Arbeiten teilnehmen, dann hätten sie mehr Gemeinschaftsgeist, würden gemeinsames Interesse haben und auch das Persönliche mal zurücktreten lassen. Solche Menschen eignen sich auch nicht für das Amt als Betriebsratsmitglied.

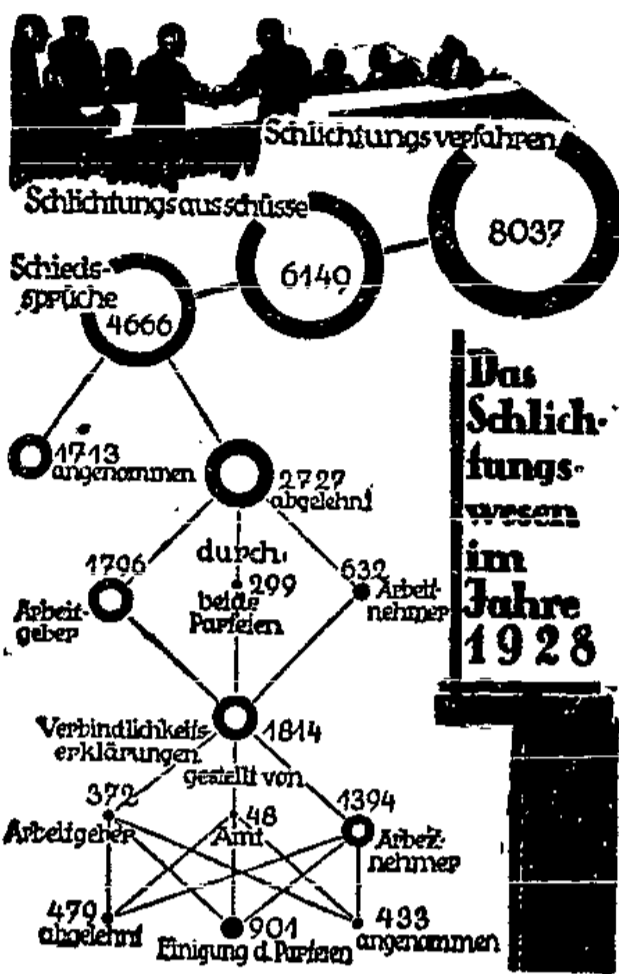
Ein geschulter Gewerkschaftler bleibt sachlich und beherrscht. Es gehört ein fester Charakter, ein klarer Kopf dazu, beim Arbeitgeber sich für die Belegschaft durchzusetzen. Ruhige Sachlichkeit aber und Festigkeit, ohne jede Kriecherei, zwingen auch dem Vorgesetzten Achtung ab. Die Mitwirkung in der Betriebsvertretung soll man darum nur würdigen Menschen übertragen, die den Wert ihres inneren Wesens nach außen hin ausstrahlen. Sie werden sich auch das Vertrauen der Belegschaft erringen. Nur solche Menschen werden auch vom Arbeitgeber ernst genommen. Darum fort mit aller Klarheit!

Unsere großen Ideale, unsere in Zukunft noch schwereren Aufgaben verlangen ganze Menschen. Hoffen wir, daß die Wahlvorstände überall den glücklichen Griff tun und die rechten Menschen auf die Vorschlagslisten bringen. Eine Kollegin.

Das Schlichtungswesen im Jahre 1928

Beständiger Rückgang der Schlichtungsfälle

Das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht soeben im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 3 die Statistik über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1928. Aus dieser



Statistik geht hervor, daß im Jahre 1928 8037 amtliche Schlichtungsverfahren erledigt wurden. Von diesen 8037 Schlichtungsverfahren wurde eine große Anzahl schon in der Vorverhandlung erledigt, so daß nur 5780 vor die

Kammern der Schlichtungsausschüsse gebracht wurden. Auch hier gelang es, in sehr zahlreichen Fällen eine Einigung der Parteien zu finden. Trotzdem aber war die Fällung von 4365 Schiedssprüchen notwendig. Von beiden Seiten wurden 1603 Schiedssprüche angenommen. Abgelehnt wurden dagegen 1694 Schiedssprüche von den Arbeitgebern, 582 von den Arbeitnehmern und 263 von beiden Seiten. Der Zahl der abgelehnten Schiedssprüche entsprechend war die Zahl der Anträge auf Verbindlichkeits-erklärungen ungefähr gleich groß. Im ganzen wurden 1814 solcher Anträge gestellt. Aber auch hier einigten sich die Parteien des Arbeitskampfes in 901 Fällen, während in 424 Fällen = 23,93 Prozent der gestellten Anträge die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen wurde und in 479 = 26,41 Prozent der gestellten Anträge die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt wurde. Nach der Ablehnung der 479 Anträge trat in 266 Fällen ein tariflosler Zustand ein. Die Arbeit wurde von den Arbeitnehmern ohne Kampfmaßnahmen unter den bisherigen Bedingungen fortgesetzt. In 51 Fällen wurden neue Schlichtungsverfahren eingeleitet, in 124 Fällen einigten sich nachträglich die beiden Streitparteien auf neuer Grundlage, während in drei Fällen eine nachträgliche Einigung auf Grundlage des Schiedsspruches erfolgte. In 14 Fällen wurden nach Arbeitskämpfen neue Vereinbarungen zwischen den Streitparteien getroffen und in drei Fällen wurden nach Arbeitskämpfen neue Schlichtungsverfahren eingeleitet, in fünf Fällen wurden die Betriebe stillgelegt und in drei Fällen wurde nach Arbeitskämpfen der Schiedsspruch angenommen.

Gerade diese letzten Zahlen zeigen sehr deutlich, welche Friedensmöglichkeiten für das soziale und wirtschaftliche Leben in dem Schlichtungswesen liegen. Gegenüber dem Jahre 1927 ist die Zahl der einzelnen Schlichtungsverfahren gesunken, und zwar um 399 Verfahren. Interessant wird ein Vergleich der Zahl der Schlichtungsverfahren mit derjenigen aus dem Jahre 1924. Hier betrug sie 18 575. Sie ist also innerhalb von vier Jahren um über 10 000 zurückgegangen. Auch dies ist ein deutliches Zeichen für die innere Befriedigung unserer Wirtschaft.

Ausschussitzung der Christlichen Gewerkschafts-Internationale in Berlin

Der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften beschloß, den Ausschuß, in dem alle Landeszentralen und die Fachinternationalen vertreten sind, am 25. und 26. April in Berlin einzuberufen. Diese Ausschussitzung wird sich mit den Fragen der internationalen Arbeitskonferenz, zu denen die internationale christliche Gewerkschaftsbewegung dort Stellung nehmen wird, zu befassen haben. Die Frage der Sonntagsruhe wird ebenfalls besprochen werden.

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Internationale wird an einem dieser Tage in Berlin eine Kundgebung veranstaltet werden, in welcher der Generalsekretär eine Rede über das Wesen und Wollen der christlichen Gewerkschaftsinternationale halten wird.

Weiter wird nächstens der Ausschuß, der mit der Untersuchung über die Löhne in den einzelnen Berufen beauftragt wurde, und der Arbeiterinnenausschuß zusammenzutreten.

Rechtsschutzfähigkeit im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands im Jahre 1929

Im Jahre 1929 hat die Rechtsschutzfähigkeit im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands eine bedeutende Steigerung gegenüber dem Jahre 1927/28 erfahren.

Es wurden insgesamt 37 755 Fälle erfasst, in denen Rechtsauskunft erteilt wurde. Das ist gegenüber dem Jahre 1928 eine Steigerung um 8966 Fälle und gemessen an 1927 sogar eine Steigerung von 22 019 Fällen. Unter den 37 755 Fällen rangieren an erster Stelle diejenigen aus dem Arbeitsvertrag mit 9548, aus dem Betriebsrätewesen mit 5771, aus der Sozialversicherung mit 6446, aus der Arbeitslosenversicherung mit 7318 und aus dem Steuerwesen mit 3405 Fällen. Außer der mündlichen Auskunft war zur Durchführung der Streitfragen in 11 416 Fällen die Anfertigung von Schriftsätzen notwendig. Des weiteren mußten 2420 Termine wahrgenommen werden. Daß hierzu eine Menge Arbeit geleistet werden mußte, ist auch dem Nichteingeweihten ohne weiteres klar. Diese läßt sich aber freudig erfüllen, wenn man sieht, daß es sich lohnt. Hier können wir feststellen, daß in 2572 Fällen ein voller Erfolg erzielt wurde, und in 1235 Fällen war ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen. Nur in 566 Fällen blieb der Erfolg versagt.

Neben dem rechtlichen Erfolg war auch derjenige finanzieller Art ein nicht geringer. Wurden doch insgesamt 218 750,02 RM. für die Mitglieder an Barerfolg herausgeholt.

Stellt man diesen Erfolgen auf dem Gebiete des Rechtsschutzes die Tatsache gegenüber, daß den Unorganisierten, weil sie diesen Schutz ja nicht genießen, täglich ungeheure Summen verloren gehen, so ist es ohne weiteres klar, welche große Bedeutung die Rechtsschutzfähigkeit des Verbandes für die Mitglieder hat.

Dabei ist diese Tätigkeit der Organisation nur ein Teil von den vielen nicht minder wichtigen Aufgaben, die eine Gewerkschaft für ihre Mitglieder täglich erfüllt. Wird das dem Arbeiter bald mal klar?

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung

Arbeiterinnenabend der Böhlecker Ortsgruppe.

„Wann wir schreiten Seit' an Seit', und die alten Lieber singen, und die Wälder widerklingen, fühlen wir, es muß gelingen. Mit uns zieht die neue Zeit!“ So konnten auch wir stolz singen, da wir in unserer Böhlecker Ortsgruppe unsern Arbeiterinnenabend hatten. Bei, wie lachte uns Kommissionsmitgliedern das Herz ob der großen Menge, die unserer Einladung gefolgt war! „Up Böhlecks Platt kann man legen, et was so vull, as'n Püttken met Biern.“ Es war auch garnicht anders zu erwarten, da wir als Redner unsern allbekanntesten und beliebtesten Bezirksamte, Kollegen August Hecke, begrüßen konnten. Der Prolog, von Kollegin Wolbrüning vorgetragen, brachte die Anwesenden in die richtige Gemütsstimmung. Nachdem unser Jungmädels einen flotten Volksstanz aufgeführt, begann Kollege Hecke mit seinen Ausführungen.

Er verstand es so recht, die Frau in der Familie als Erzieherin und Wirtschaftlerin zu schildern. Nur der kann die Not und Sorgen und Arbeiten der Arbeiterhausfrau und Mutter richtig würdigen, der selbst mit dem Einkommen der Arbeiterfamilie hat wirtschaften müssen. Neben der hauswirtschaftlichen Arbeit obliegt zudem noch die Erziehungsarbeit zum größten Teil der Frau und Mutter. Je geringer das Einkommen, desto schwerer und mühevoller ihre Arbeit, deshalb sei es auch Aufgabe der Hausfrau, sich für die Berufs- und Verdienstsinteressen ihrer Familienmitglieder zu interessieren.

Ueberzeugend behandelte der Redner den Zweck und das Wollen unseres christlichen Textilarbeiterverbandes. Die heutige Zeit habe es ja zur Genüge bewiesen, wie notwendig eine starke Organisation ist. Die Frauen und Mütter möchten deshalb, Seite

Es geht auch anders!

Wie überall, so hat auch die Lambrecht Tuchindustrie schwer um ihre Existenz zu kämpfen. Die Zahl der Erwerbslosen hat sich für die hiesigen Verhältnisse stark vermehrt. Arbeiter, die ihr Leben in den Betrieben zugebracht, wurden rücksichtslos entlassen. Die Alten kommen nicht mehr nach, es müssen junge Kräfte herangezogen werden. „Wir haben keine Versorgungsanstalt.“ Solche Antwort erhält der Betriebsrat, wenn er gegen die Entlassungen der älteren Kollegen Einspruch erhebt. Kommt irgend ein größerer Auftrag, dann wird eine Schicht eingelegt, so daß in kurzer Zeit der Auftrag erledigt ist. Die Leute werden dann einfach entlassen und liegen auf der Straße. Wir geben zu, daß die jetzigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse mit den Auswirkungen der kurzfristigen Absatzbedingungen, der Mode usw., viel zu einer schnellen Lieferung der Waren beitragen. Andererseits muß aber auch zugegeben werden, daß mit gutem Willen und etwas Geschick die kurzfristigen Lieferungsfristen verlängert werden können. Dies ganz besonders bei Aufträgen für Heer und Marine. Hier ein Beispiel:

Die hiesigen Unternehmer erhielten größere Aufträge feldgrauer Tuche usw. Der Lieferungsstermin sei 15. oder Ende März. Einige Betriebe nahmen mit ihrem Betriebsrat Fühlung betr. Schichtarbeiten. In einer Besprechung der beiden Verbände wurde dazu Stellung genommen und beschlossen, wegen Fristverlängerung sich an die Behörde nach Berlin zu wenden. Nachstehendes Schreiben, von beiden Verbänden unterzeichnet, ging ab:

Lambrecht, den 20. Januar 1930.

An das Heeresverwaltungsamt beim Reichswehrministerium Betr.: Vergebung von Lieferungs-tüchern an die Lambrecht Tuchindustrie. Berlin W. C.

Nach übereinstimmenden Berichten der Betriebsräte der Lambrecht Tuchindustrie soll für die vom Heeresverwaltungsamt beim Reichswehrministerium vergebenen Aufträge für Reichswehruniformen bis 15. oder Ende März 1930 geliefert sein. Diese Lieferungsbedingungen würden

zur Folge haben, daß die Betriebe zur Schichtarbeit übergehen müßten, was bereits auch den Betriebsräten von Seiten der Fabrikanten angekündigt wurde. Diese Maßnahme seitens der Vergebungsstelle wäre nicht im Interesse der Arbeiterschaft gelegen, da diese Aufträge in längstens zwei Monaten erledigt wären.

Die schlechte Lage der Tuchindustrie Lambrechts erfordert aber ein Arbeiten auf weitere Sicht, und es wäre zweckmäßig, die Lieferungsbedingungen nicht so kurzfristig zu bemessen.

Wir bitten, unserer Anregung entsprechende Beobachtung zu schenken und zeichnen mit aller Hochachtung! Zentralverband christlicher Textilarbeiter. Deutscher Textilarbeiterverband.

Auf dieses Schreiben lief am 30. Januar folgende Antwort ein:

Berlin W., den 30. Januar 1930.

Der Reichswehrminister. Nr. 889, I. 30. V. 3 IV a. Zum Schreiben vom 20. 1. 1930.

Im Hinblick auf die in Ihrem Schreiben angegebenen Gründe der Arbeitsverteilung in den dortigen Tuchfabriken bin ich, unter Zurückstellung erheblicher Bedenken, mit einer Verlängerung der Lieferfrist in dem Umfange einverstanden, daß durch die Erledigung der Heeresaufträge Schichtarbeit nicht notwendig wird.

Die Zentralbeschaffungsstelle (Bekleidung und Ausrüstung) für Heer und Marine wird sich hierwegen mit den Fabrikanten in Verbindung setzen.

J. M. (Namen unlesbar).

Was wurde dadurch erreicht? I.: Durch die Verlängerung sind die Arbeiter auf längere Zeit beschäftigt, laufen nicht Gefahr, in kurzer Zeit wieder auf der Straße zu liegen. II.: Daß die Schicht- bzw. Nachtarbeit mit ihren üblen Nebenerscheinungen, die sich auch im Familienleben bemerkbar machen, vermieden wurde. Dieser Erfolg zeigt, daß sich die Aufgaben der Gewerkschaften auch auf Gebiete erstrecken, welche einem großen Teil der Arbeiter leider fremd sind. U. Sch.

an Seite, mit ihren Männern, Söhnen und Töchtern zusammen-

sehen und werden für unsern Verband.

Ganze christliche Männer und Frauen braucht die heutige

Berichte aus den Ortsgruppen

Segerode. Am Donnerstag, den 13. Februar, hatte unsere

Dättrup. Am 7. Februar hatten wir unsere diesjährige Ge-

den 1772 Musiklinie erteilt und 507 Schriftstücke angefertigt.

Achtung! Betriebsratswahl!

Montag 24 März Wahltag! bis einschließlich 27. März 27. März Bekanntgabe des Wahlergebnisses bis einschließlich 31. März

Waldbirch-Kollnau-Gutach. Am Samstag, den 8. Februar

Zu Punkt 2 Jahresbericht gab der erste Vorsitzende ein ge-

Jugendführer Sekretär Buchner dankte dem Vorsitzenden

Punkt 3, Vorstandswahl, war bald erledigt; der gesamte Vor-

Versammlungskalender

Giesenhäuser. Sonntag, den 23. März, morgens 10 Uhr findet im

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Baumwolle im Angriff. — ... und in der Ver-

Schriftleitung: Otto Mater, Düsseldorf, Horststr. 7.

Arterienverkalkung

Johann B., 54 Jahre alt, früher harter

niel tiefsaures Blut und schwefelsaure Salze in

Wechseljahre sind sehr ge-

Rheumatismustee,

Rheumatismustee auf natürliche Weise, und nach

Nerventee würden noch weit mehr

Schwarzwälder-Buch mit Kranzengesichten

Haarausfall wird oft mit ganz

Arterienverkalkung

Arterienverkalkung

Arterienverkalkung

Zur Konfirmation's Feier Früchtwein nicht-feucht als Bier 10 Liter-Korbflasche von M. 0.80 an

Betten leberleicht mit gelb. Bettfeder mit 17 Stk. hart-

Die Krankheiten des Menschen könnte man das große Schwarzwälder Heilmittelbuch

Bier! im Hause selbst zu brauen

Der Deutsche ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschafters

Preis-Aufgabe! tsreuz tham tmmok tsreuz reW Für die richtige Lösung obigen Sprichwortes habe ich folgende Preise ausgesetzt: